Die Sowjetunion für ein freies, unabhängiges und demokratisches Österreich

Dokumente und Materialien

zu den sowjetisch-österreichischen Verhandlungen

in Moskau

H 63

Die Sowjetunion für ein freies, unabhängiges und demokratisches Österreich

Dokumente und Materialien
zu den sowjetisch-österreichischen Verhandlungen
in Moskau

Wien 1955

Dnw 3580

Inhalt

Seite

1. **Ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Festigung des Friedens in Europa.** *(Leitartikel der „Prawda" vom 16. April 1955)* . . . 5

2. **Sowjetisch-österreichisches Kommuniqué** über den Aufenthalt der österreichischen Regierungsdelegation in Moskau 9

Anhang:

1. Zur Frage des österreichischen Staatsvertrages. *(Erklärung des Außenministeriums der UdSSR, veröffentlicht in der sowjetischen Presse am 12. März 1955)* 13

2. Über den österreichischen Staatsvertrag. *(Erklärung des Außenministeriums der UdSSR, veröffentlicht in der sowjetischen Presse am 25. März 1955)* 17

3. Über den österreichischen Staatsvertrag. *(Erklärung der Regierung der UdSSR vom 9. April 1955)* 20

4. Über die Einberufung einer Viermächtekonferenz unter Teilnahme Österreichs. *(Note der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 19. April 1955)* 23

Ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Festigung des Friedens in Europa

Leitartikel der „Prawda" vom 16. April 1955

Das heute veröffentlichte sowjetisch-österreichische Kommuniqué über den Aufenthalt der österreichischen Regierungsdelegation in Moskau zeigt, welche Erfolge man bei der Regelung herangereifter internationaler Fragen im Interesse der Festigung des Friedens erzielen kann, wenn von beiden Seiten guter Wille an den Tag gelegt wird. Die auf Initiative der Sowjetregierung stattgefundenen Verhandlungen waren nach der Berliner Konferenz ein wichtiger Schritt vorwärts. Das im Zuge der Verhandlungen erzielte Abkommen festigt die europäische Sicherheit, versetzt der Politik der Schaffung militärischer Blocks in Europa einen Schlag und zeigt die ganze Überlegenheit der Politik der internationalen Zusammenarbeit auf. Es stärkt die Positionen des Friedens in Europa.

An der Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich ist nicht nur das österreichische Volk selbst interessiert — daran sind alle Völker Europas interessiert, die sich darüber Rechnung ablegen, daß in dem Maße, in dem der Militarismus in Westdeutschland wiedererersteht, in dem Maße, wie in Europa eine Politik der Schaffung militärischer Blocks und Bündnisse betrieben wird, die Bedrohung der Unabhängigkeit und Sicherheit aller europäischen Länder wächst.

Die Sowjetregierung, die konsequent eine Politik betreibt, die auf die Verminderung der Spannung in den internationalen Beziehungen abzielt, kämpfte und kämpft unermüdlich um die Regelung der österreichischen Frage. Vor kurzem schlug sie erneut vor, in nächster Zeit Viermächteverhandlungen durchzuführen, auf denen die Frage des österreichischen Staatsvertrages gelöst werden könnte.

Auf Initiative der Sowjetregierung fand ein präliminarer Mei-

nungsaustausch zwischen den Regierungen der UdSSR und Österreichs über diese Vorschläge statt. Dabei stellte es sich heraus, daß derzeit Möglichkeiten bestehen, um die Regelung der österreichischen Frage auf dem Wege des Abschlusses eines entsprechenden Abkommens zwischen den vier Mächten und Österreich zu beschleunigen. Im Zuge des Meinungsaustausches wurde ferner klargestellt, daß die Herstellung eines persönlichen Kontaktes zwischen führenden Staatsmännern der Sowjetunion und Österreichs diese wichtige Angelegenheit fördern kann. Zwecks Fortsetzung der Beratung der angeschnittenen Fragen wurde beschlossen, daß sich eine Regierungsdelegation Österreichs am 11. April nach Moskau begibt.

Die Verhandlungen, die vom 12. bis 15. April zwischen der österreichischen Regierungsdelegation und einer sowjetischen Regierungsdelegation in Moskau stattfanden, haben zu wichtigen Ergebnissen geführt.

Die beiden Seiten stellten fest, daß die Regierung der UdSSR ebenso wie auch die Regierung Österreichs den schleunigsten Abschluß des Staatsvertrages über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich für wünschenswert halten, was den nationalen Interessen des österreichischen Volkes und der Festigung des Friedens in Europa dienen soll.

Im Hinblick auf die Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und Englands vom 5. April 1955 über ihr Bestreben nach ehestem Abschluß des österreichischen Staatsvertrages, drückten die Delegationen der Sowjetunion und Österreichs die Hoffnung aus, daß gegenwärtig günstige Möglichkeiten zur Regelung der österreichischen Frage durch eine entsprechende Einigung zwischen den vier Mächten und Österreich bestehen.

Im Zuge der Verhandlungen wurden sichere Grundlagen dafür geschaffen, daß der Staatsvertrag mit Österreich endlich abgeschlossen und daß er zu einem wichtigen Faktor für die Festigung des Friedens auf dem europäischen Kontinent werde.

Die österreichische Delegation versicherte, daß die Republik Österreich im Sinne der bereits auf der Berliner Konferenz im Jahre 1954 gemachten Erklärung nicht beabsichtigt, sich irgendwelchen militärischen Bündnissen anzuschließen und auf ihrem Gebiet militärische Stützpunkte zuzulassen. Österreich wird gegenüber allen Staaten eine Politik der Unabhängigkeit führen, die die Einhaltung dieser Deklaration gewährleisten soll.

Es ist für jedermann offensichtlich, daß die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen einen realen Weg zur Lösung inter-

Österr. Institut für Zeitgeschichte Wien

nationaler Fragen weisen, der sich grundlegend von jenem Weg unterscheidet, auf den die internationalen aggressiven Kreise die Politik der westeuropäischen Länder lenken wollen. Das in Moskau erzielte Abkommen schließt den Beitritt Österreichs zu aggressiven Militärbündnissen und Koalitionen vom Schlage des Nordatlantikblocks oder der Westeuropäischen Union aus. Eine Einbeziehung Österreichs in derartige militärische Blocks würde das Land seiner nationalen Unabhängigkeit berauben und seine Sicherheit untergraben.

Welche internationale Situation schafft das in Moskau erzielte Abkommen für Österreich? Das ist nicht schwer zu verstehen, wenn man sich die Geschichte einiger anderer europäischer Staaten ansieht, die es verstanden haben, im System der internationalen Beziehungen ihre unabhängige Lage zu sichern. Ein solches Land wie die Schweiz genießt schon eine ganze historische Epoche hindurch die Wohltaten einer friedlichen Entwicklung, indem es sich seine Lage als unabhängiger Staat gesichert hat und keinerlei militärischen Blocks und Bündnissen angehört. Die Einhaltung eines solchen Status hat der Schweiz ihre friedlichen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu anderen Ländern in Übereinstimmung mit ihren nationalen Interessen gewährleistet. Österreich soll heute eine ebensolche Stellung einnehmen wie die Schweiz — und die Bedeutung dieses Umstandes kann gar nicht überschätzt werden.

Die Schaffung einer derartigen neuen festen internationalen Stellung Österreichs, für die sich dem Lande heute reale Perspektiven eröffnen, ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Festigung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt. Das werden auch einige andere europäische Völker in Betracht ziehen müssen, und in erster Linie das deutsche Volk, das mit Recht fordert, daß das deutsche Problem sowohl im nationalen Interesse Deutschlands als auch im Interesse der Sicherheit aller anderen Völker Europas gelöst werde.

Im Zuge der Verhandlungen erklärte sich die sowjetische Delegation einverstanden, daß die Besatzungstruppen der vier Mächte nach Inkrafttreten des Staatsvertrages mit Österreich spätestens mit 31. Dezember 1955 aus Österreich abgezogen werden.

Gleichzeitig stimmte die Sowjetregierung der Durchführung einer Reihe von Maßnahmen wirtschaftlichen Charakters im Interesse Österreichs zu.

Die UdSSR gab im Sinne ihrer Erklärung auf der Berliner Konferenz im Jahre 1954 ihr Einverständnis dazu, den Gegenwert der im Staatsvertrag vorgesehenen Summe von 150 Millionen

Dollar zur Gänze in österreichischen Warenlieferungen anzunehmen. Die UdSSR ist Österreich auch in der Frage des ihr gehörenden Eigentums der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft sowie der Ölfelder und der ölverarbeitenden Betriebe entgegengekommen. Was die österreichischen Staatsbürger betrifft, die in den ehemaligen sowjetischen Betrieben in Österreich gearbeitet haben, so wird die österreichische Regierung dafür sorgen, daß gegen sie keinerlei diskriminierende Maßnahmen getroffen werden.

Von dem guten Willen des Sowjetstaates in seinen Beziehungen zu Österreich zeugt auch die Tatsache, daß das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zugesagt hat, das Ersuchen des österreichischen Bundespräsidenten Dr. h.c. Körner um die Heimkehr der Österreicher, die eine Strafe auf Grund von Urteilen sowjetischer Gerichtsorgane verbüßen, wohlwollend zu prüfen.

Für die Entwicklung freundschaftlicher sowjetisch-österreichischer Beziehungen wird auch das im Zuge der Verhandlungen erzielte Einverständnis von Bedeutung sein, wonach in der nächsten Zeit Verhandlungen beginnen sollen, die eine Normalisierung der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion zum Ziel haben.

Wenn man die Ergebnisse der abgeschlossenen Verhandlungen im ganzen betrachtet, muß man Bundeskanzler Raab zustimmen, der sagte, daß „in Moskau eine gute Arbeit geleistet wurde, die vor allem für den Frieden der Völker von besonderer Bedeutung sein wird". Wie die ersten ausländischen Pressestimmen zeigen, erkennen breite Kreise der Öffentlichkeit im Ausland die große Bedeutung, die den Moskauer Verhandlungen in der derzeitigen internationalen Situation zukommt. Die sowjetische Öffentlichkeit ist ihrerseits der Ansicht, daß diese Verhandlungen bei der Milderung der internationalen Spannung und bei der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa ihre Rolle spielen werden.

Sowjetisch-österreichisches Kommuniqué

über den Aufenthalt der österreichischen Regierungsdelegation in Moskau

Vom 12. bis 15. April 1955 fanden in Moskau zwischen einer österreichischen Regierungsdelegation unter der Führung von Bundeskanzler Ing. Julius Raab und Vizekanzler Dr. Adolf Schärf einerseits und einer sowjetischen Regierungsdelegation unter Führung des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Ministers für die Auswärtigen Angelegenheiten der UdSSR W. M. Molotow und dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR A. I. Mikojan andererseits Besprechungen statt, welche in freundschaftlichem Geiste verliefen.

Als Ergebnis der Besprechungen stellen beide Seiten fest, daß die Regierung der Sowjetunion ebenso wie auch die Regierung der Republik Österreich den schleunigsten Abschluß des Staatsvertrages über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich für wünschenswert halten, was den nationalen Interessen des österreichischen Volkes und einer Festigung des Friedens in Europa dienen soll.

Die österreichische Delegation versicherte, daß die Republik Österreich im Sinne der bereits auf der Berliner Konferenz im Jahre 1954 gemachten Erklärung nicht beabsichtigt, sich irgendwelchen militärischen Bündnissen anzuschließen und auf ihrem Gebiete militärische Stützpunkte zuzulassen. Österreich wird gegenüber allen Staaten eine Politik der Unabhängigkeit führen, die die Einhaltung dieser Deklaration gewährleistet. Die sowjetische Seite erklärte sich einverstanden, daß die Besatzungstruppen der vier Mächte nach Inkrafttreten des Staatsvertrages mit Österreich spätestens mit 31. Dezember 1955 abgezogen werden. Im Hinblick auf die Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Englands vom 5. April 1955 über ihr Bestreben nach ehestem Abschluß des österreichischen Staatsvertrages

drücken die Delegationen Österreichs und der Sowjetunion die Hoffnung aus, daß gegenwärtig günstige Möglichkeiten zur Regelung der österreichischen Frage durch eine Einigung zwischen den vier Mächten und Österreich bestehen. Die sowjetische Regierung gab weiterhin im Sinne ihrer Erklärung auf der Berliner Konferenz im Jahre 1954 ihr Einverständnis dazu bekannt, den Gegenwert der im Artikel 35 des Staatsvertrages vorgesehenen Summe von 150 Millionen Dollar zur Gänze in österreichischen Warenlieferungen anzunehmen.

Die Sowjetregierung erklärte ihre Bereitschaft, neben der bereits vorgesehenen Übergabe des Deutschen Eigentums in der sowjetischen Besatzungszone Österreichs unverzüglich nach Inkrafttreten des Staatsvertrages gegen eine entsprechende Vergütung auch die Vermögenswerte der DDSG einschließlich der Korneuburger Werft, alle Schiffe und Hafenanlagen an Österreich einzuschließen.

Sie erklärte weiters ihr Einverständnis, alle im Artikel 35 des Staatsvertrages ihr zustehenden Rechte auf die Ölfelder und die ölverarbeitenden Betriebe einschließlich die Aktiengesellschaft für Handel mit Ölprodukten (Orop) gegen Lieferung von Rohöl in einem zwischen beiden Staaten vereinbarten Ausmaß an Österreich abzutreten.

Außerdem wurde Einverständnis darüber erzielt, daß in der nächsten Zeit Verhandlungen, die eine Normalisierung der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion zum Ziele haben, beginnen sollen.

Die sowjetische Delegation teilte der österreichischen Delegation mit, daß das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zugesagt habe, das Ersuchen des Bundespräsidenten Dr. h.c. Theodor Körner um die Heimkehr der Österreicher, die eine Strafe auf Grund von Urteilen sowjetischer Gerichtsorgane verbüßen, wohlwollend zu prüfen. Nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Österreich werden auf dem Gebiet der Sowjetunion keine Kriegsgefangenen und angehaltene Zivilpersonen österreichischer Staatsbürgerschaft verbleiben.

ANHANG

Zur Frage des österreichischen Staatsvertrages

Erklärung des Außenministeriums der UdSSR, veröffentlicht in der sowjetischen Presse am 12. März 1955

In der letzten Zeit fanden zwei Zusammenkünfte des Ministers für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, mit dem Botschafter der Republik Österreich, Herrn N. Bischoff, am 25. Februar und am 2. März statt.

In der ausländischen Presse, darunter auch in österreichischen Zeitungen, tauchten Meldungen auf, in denen die bei diesen Zusammenkünften erfolgten Unterredungen falsch wiedergegeben wurden. Deshalb wird der Inhalt dieser Unterredungen hier dargelegt:

Am 25. Februar empfing der Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, den Botschafter der Republik Österreich in Moskau, Herrn N. Bischoff, und fragte ihn, wie sich die österreichische Regierung zu den Vorschlägen der Sowjetunion vom 8. Februar 1955 über die Regelung des österreichischen Problems verhalte.

Bekanntlich wurde auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR in der Rede des Ministers für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, „Über die internationale Lage und die Außenpolitik der Regierung der UdSSR" am 8. Februar im Namen der Sowjetregierung folgende Erklärung zur österreichischen Frage abgegeben:

„Die Sowjetunion mißt der Regelung der österreichischen Frage, der Frage der völligen Wiederherstellung der Unabhängigkeit eines demokratischen Österreich, in Übereinstimmung mit den Interessen der Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa, große Bedeutung bei.

Jede weitere Verzögerung des Abschlusses des Staatsvertrages mit Österreich hält die Sowjetregierung für ungerechtfertigt. Zugleich kann man nicht umhin, in Betracht zu ziehen, welche Gefahren die Pläne der Remilitarisierung Westdeutschlands in der Art der Pariser Abkommen für Österreich mit sich bringen.

All das veranlaßt die Sowjetregierung, folgende Schlüsse hinsichtlich der österreichischen Frage zu ziehen:

1. Vor allem muß berücksichtigt werden, daß die Regelung der österreichischen Frage nicht ohne Zusammenhang mit der deutschen Frage behandelt werden kann, besonders angesichts der Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands, was die Gefahr der Verschlingung — des Anschlusses — Österreichs verstärkt.

Das bedeutet, daß beim Abschluß des Staatsvertrages über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich eine Lösung gefunden werden muß, die die Möglichkeit eines neuen Anschlusses Österreichs an Deutschland ausschalten würde, was an die Annahme dahingehender vereinbarter Maßnahmen der vier Mächte in der deutschen Frage geknüpft ist. In diesem Falle könnte der Abzug der Truppen der vier Mächte aus Österreich erfolgen, ohne den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland abzuwarten.

2. Österreich muß die Verpflichtung auf sich nehmen, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die gegen irgendeinen Staat gerichtet sind, der sich mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Hitlerdeutschland und an der Befreiung Österreichs beteiligt hat, sowie die Schaffung fremder Militärstützpunkte auf seinem Territorium nicht zuzulassen.

Die Regierungen der USA, Englands, Frankreichs und der Sowjetunion müssen ihrerseits ebenfalls die Verpflichtung übernehmen, diese Bestimmungen einzuhalten.

3. Im Interesse einer raschesten Regelung der österreichischen Frage ist es notwendig, unverzüglich eine Viermächtekonferenz einzuberufen, auf der sowohl die deutsche Frage als auch die Frage des Abschlusses des Staatsvertrages mit Österreich zu behandeln wäre. Das setzt selbstverständlich die Beteiligung Österreichs an der Lösung der Frage des österreichischen Staatsvertrages voraus.

Hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen, die den Weg zu einer Wiederbelebung des Militarismus in Westdeutschland eröffnen, eine ernste Gefahr des Anschlusses und folglich eine Gefahr für die Unabhängigkeit Österreichs entstehen würde."

In dieser Unterredung mit dem österreichischen Botschafter, Herrn Bischoff, erklärte W. M. Molotow, daß nach Ansicht der Sowjetseite gegenwärtig die Möglichkeit gegeben sei, die Lösung der österreichischen Frage auf der Basis der oben angeführten sowjetischen Vorschläge vorwärts zu bringen, und daß präliminäre Verhandlungen zwischen Österreich und der UdSSR zur Erreichung dieses Zieles beitragen könnten. Dazu könnte offenbar auch ein persönlicher Kontakt mit den Führern der österreichischen Regierung beitragen. Daß dieser Kontakt wünschenswert wäre,

habe vor kurzem auch der österreichische Kanzler, Herr Julius Raab, gesagt.

Der österreichische Botschafter, Herr Bischoff, erklärte, daß er unverzüglich die von W. M. Molotow geäußerten Gesichtspunkte nach Wien mitteilen werde. Er bat in diesem Zusammenhang um Erläuterungen zu den sowjetischen Vorschlägen in der österreichischen Frage vom 8. Februar.

Diese Erläuterungen wurden von W. M. Molotow gegeben. Unter anderem wurde erklärt, daß die sowjetische Seite die Lösung der österreichischen Frage nicht von der Lösung der deutschen Frage abhängig macht und lediglich auf den Zusammenhang hinweist, der naturgemäß zwischen diesen beiden Fragen besteht. Hierbei legt die Sowjetregierung besonderen Wert darauf, daß ein Abkommen über Maßnahmen zur Nichtzulassung eines neuen Anschlusses Österreichs erzielt werde. Es wurde auch vermerkt, daß die Sowjetdelegation auf der Berliner Konferenz darauf bestanden hat, daß der Abzug der fremden Truppen aus Österreich bis zum Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland aufgeschoben werde. Nun schlägt die sowjetische Seite vor, die Truppen der vier Mächte aus Österreich abzuziehen, ohne den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland abzuwarten, jedoch auf Grund entsprechender vereinbarter Maßnahmen, die die Möglichkeit eines neuen Anschlusses Österreichs durch Deutschland ausschalten würden.

Die Sowjetregierung, erklärte W. M. Molotow weiter, mißt dem große Bedeutung bei, daß Österreich in keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse gegen die in den sowjetischen Vorschlägen genannten Staaten einbezogen und daß die Ausnützung des Territoriums Österreichs für die Schaffung ausländischer Kriegsstützpunkte nicht zugelassen wird. Es ist offensichtlich, daß die Einhaltung dieser Bestimmungen bei entsprechenden Verpflichtungen der Regierungen der USA, Englands, Frankreichs und der Sowjetunion auch den eigenen Interessen Österreichs entspricht.

W. M. Molotow fügte hinzu, daß nach Meinung der Sowjetregierung die Viermächtekonferenz mit Beteiligung Österreichs, von der in den Vorschlägen der Regierung der UdSSR vom 8. Februar die Rede ist, vor Ratifizierung der Pariser Abkommen einberufen werden muß.

Am 2. März suchte der österreichische Botschafter, Herr N. Bischoff, den Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, auf und erklärte, die österreichische Regierung habe seine Erklärung in der Unterredung mit Bischoff am 25. Februar mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen. Die österreichische Regierung verstehe, daß sowjetischerseits ein wichtiger Schritt vorwärts getan worden ist. Große Bedeutung messe die österreichische Regierung der Erklärung bei, daß zur Lösung der österreichischen Frage eine Einigung über die

Frage herbeigeführt werden muß, welche eventuellen Maßnahmen heute und in Zukunft zur Verhütung eines Anschlusses zu ergreifen wären, und daß nach der Erzielung einer solchen Vereinbarung der Abzug der ausländischen Truppen aus Österreich erfolgen könne.

Herr Bischoff fügte gleichzeitig hinzu, daß nach Meinung der österreichischen Regierung zur Regelung der österreichischen Frage Verhandlungen mit allen Besatzungsmächten notwendig seien, und daß gerade jetzt, wie die österreichische Regierung erkenne, der Boden für diese Verhandlungen vorbereitet werde.

Der Botschafter äußerte den Wunsch, weitere Erläuterungen über die Vorschläge der Sowjetregierung zur österreichischen Frage zu erhalten.

W. M. Molotow antwortete, daß die sowjetische Seite in der österreichischen Frage Initiative an den Tag gelegt und bereits in den konkreten und präzis formulierten Vorschlägen der Sowjetregierung vom 8. Februar ihren Standpunkt ausgesprochen habe.

Die Einstellung der österreichischen Regierung zu den erwähnten sowjetischen Vorschlägen sei aber noch nicht klar zum Ausdruck gebracht worden. Im gegenwärtigen Augenblick wäre es wünschenswert, die eindeutige Meinung der österreichischen Regierung über diese Vorschläge der Regierung der UdSSR zu erfahren, damit die Verhandlungen fortgesetzt werden können.

Botschafter Bischoff versprach, den Inhalt dieser Unterredung der Regierung Österreichs zur Kenntnis zu bringen.

Über den österreichischen Staatsvertrag

Erklärung des Außenministeriums der UdSSR, veröffentlicht in der sowjetischen Presse am 25. März 1955

In letzter Zeit fanden in Moskau am 14. März und am 24. März zwei neue Zusammenkünfte des Ministers für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, mit dem Botschafter der Republik Österreich in Moskau, Herrn N. Bischoff, über die Frage des österreichischen Staatsvertrages statt.

Bei der Zusammenkunft vom 14. März überreichte der Botschafter Österreichs, Herr N. Bischoff, dem Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, folgende Antwort der Regierung Österreichs auf die Vorschläge der Sowjetregierung zur österreichischen Frage vom 8. Februar d. J.:

„Die Bundesregierung hat mit Befriedigung festgestellt, daß die Sowjetunion der Regelung der österreichischen Frage, der Frage der vollen Wiederherstellung der Unabhängigkeit eines demokratischen Österreich im Einklang mit den Interessen der Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens in Europa große Bedeutung beimißt. Sie stellt mit Genugtuung fest, daß die Sowjetunion irgendwelche weitere Verzögerung des Abschlusses eines Staatsvertrages mit Österreich als ungerechtfertigt erachtet.

Zu 1):

Die Bundesregierung begrüßt jede wirkungsvolle Sicherung und Garantie der österreichischen Unabhängigkeit und Freiheit nach allen Seiten und somit auch gegen die Gefahr eines Anschlusses.

Zu 2):

Die Bundesregierung hat zu wiederholten Malen ganz eindeutig erklärt, daß Österreich nicht die Absicht hat, militärischen Bündnissen beizutreten oder militärische Stützpunkte auf seinem Gebiet zuzulassen. Die Bundesregierung ist bereit, die Form, in der eine solche Erklärung gegebenenfalls neuerlich abgegeben werden soll, zum Gegenstand eines Meinungsaustausches zu machen.

Zu 3):

Die Bundesregierung ist gleichfalls der Überzeugung, daß eine endgültige Lösung der österreichischen Frage nur durch eine Konferenz aller beteiligten Mächte unter Teilnahme Österreichs gefunden werden kann. Sie glaubt jedoch, daß vorher die unter Punkt 1) und 2) angeführten Probleme so weit geklärt werden sollen, daß eine solche Konferenz Aussicht auf ein baldiges konkretes Resultat bietet.

Die Bundesregierung glaubt, daß eine gesonderte Behandlung des Staatsvertrages durch die vier Mächte unter Beteiligung Österreichs einen erfolgreichen Abschluß herbeiführen würde."

Im Zusammenhang damit empfing der Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, am 24. März den österreichischen Botschafter, Herrn N. Bischoff, und übergab ihm folgende Antwort der Sowjetregierung auf die oben angeführte Erklärung der Regierung Österreichs.

„Die Sowjetregierung, die sich mit der Antwort der Regierung Österreichs vom 14. März bekannt gemacht hat, stellt mit Befriedigung fest, daß die Regierung Österreichs mit der Meinung der Sowjetregierung darin übereinstimmt, daß die Regelung der österreichischen Frage, der Frage der Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit eines demokratischen Österreich, in Übereinstimmung mit den Interessen der Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens in Europa stehen muß.

Den Wünschen der österreichischen Regierung entgegenkommend, erachtet es die Sowjetregierung für notwendig, weitere Erklärungen zu den in der Antwort der Regierung Österreichs berührten Fragen zu geben.

Zu Punkt 1:

Die Sowjetregierung nimmt die Erklärung der Regierung Österreichs zur Kenntnis, daß sie jede wirkungsvolle Sicherung und Garantie der österreichischen Unabhängigkeit und Freiheit gegen die Gefahr eines Anschlusses oder gegen Anschläge von irgendeiner Seite begrüßt.

Daraus ist die Notwendigkeit ersichtlich, reale Maßnahmen zu treffen, unter Berücksichtigung der vorhandenen Pläne der Remilitarisierung Westdeutschlands, die die Gefahr der Verschlingung (des Anschlusses) Österreichs verstärken.

In Verbindung damit ist es notwendig, die Fragen der Fristen des Abzuges der Truppen der vier Mächte vom Territorium Österreichs sowie der Maßnahmen, die in Hinkunft im Falle des Entstehens einer unmittelbaren Anschlußgefahr getroffen werden sollen, zu behandeln.

Zu Punkt 2:

Die Sowjetregierung betrachtet die Erklärung der österreichischen

Regierung, daß Österreich nicht die Absicht hat, militärischen Bündnissen beizutreten oder die Schaffung militärischer Stützpunkte auf seinem Gebiet zuzulassen, als Einverständnis der Regierung Österreichs mit Punkt 2 des Vorschlages der Sowjetregierung vom 8. Februar 1955 zu dieser Frage.

Die Sowjetregierung ist bereit, entsprechend dem Wunsch der österreichischen Regierung die Frage zu beraten, in welcher Form von seiten Österreichs darüber eine entsprechende Erklärung abgegeben werden könnte.

Die Sowjetregierung bestätigt die Notwendigkeit, daß die Regierungen der USA, Englands, Frankreichs und der UdSSR ihrerseits entsprechende Verpflichtungen auf sich nehmen.

Zu Punkt 3:

Den Wünschen der österreichischen Regierung entgegenkommend, ist die Sowjetregierung damit einverstanden, daß auf einer Beratung der vier Mächte unter Teilnahme Österreichs die Frage des Österreichvertrages gesondert beraten werde.

Moskau, am 24. März 1955."

Außerdem gab W. M. Molotow Herrn N. Bischoff folgende mündliche Erklärung ab:

„Die Sowjetregierung weiß aus den veröffentlichten Erklärungen des Bundeskanzlers Österreichs, Herrn J. Raab, von dessen positiver Einstellung zur Möglichkeit einer Reise nach Moskau in den mit dem Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich in Verbindung stehenden Fragen.

Unter Berücksichtigung der erwähnten Erklärungen des Herrn Raab und in dem Wunsch nach Herstellung eines persönlichen Kontaktes zwischen führenden Staatsmännern der Sowjetunion und Österreichs würde die Sowjetregierung es begrüßen, wenn Bundeskanzler Raab sowie andere Vertreter Österreichs, die die österreichische Regierung zu diesem Zweck nach Moskau zu entsenden für wünschenswert hält, in nächster Zeit nach Moskau kämen."

Botschafter Bischoff versprach, dies unverzüglich der Regierung Österreichs zur Kenntnis zu bringen.

Über den österreichischen Staatsvertrag

Erklärung der Regierung der UdSSR vom 9. April 1955

Am 9. April empfing der Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, den Botschafter Großbritanniens in der UdSSR, Herrn W. Hayter, und gab ihm folgende Erklärung ab:

„Die Sowjetregierung unterbreitete schon auf der Berliner Außenministerkonferenz der vier Mächte Anfang 1954 Vorschläge zur baldigsten Regelung der österreichischen Frage und zur Ergreifung von Maßnahmen, um einen neuen Anschluß Österreichs sowie die Schaffung ausländischer Militärstützpunkte auf österreichischem Boden und die Einbeziehung Österreichs in irgendwelche Koalitionen oder Militärbündnisse, gerichtet gegen irgendeinen Staat, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland und an der Befreiung Österreichs teilgenommen hat, nicht zuzulassen.

Auf der Berliner Konferenz kam es jedoch aus Gründen, die nicht von der Sowjetunion abhingen, zu keinem Übereinkommen über den Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich, und die österreichische Frage blieb ungeregelt. In diesem Zusammenhang brachte die Delegation der Sowjetunion damals einen Vorschlag ein, betreffs der Notwendigkeit, die Bemühungen um die Erreichung eines Abkommens über den Staatsvertrag mit Österreich fortzusetzen.

Im August 1954 schlug die Sowjetregierung vor, nach Wien eine Konferenz der Botschafter der UdSSR, Großbritanniens, Frankreichs und der USA mit Beteiligung eines Vertreters Österreichs zur Prüfung der offengebliebenen Fragen, die den Entwurf eines Staatsvertrages mit Österreich betreffen, und anderer mit dem Abschluß dieses Vertrages zusammenhängender Fragen einzuberufen. Eine solche Konferenz trat aber leider nicht zusammen.

Da die Sowjetregierung der Regelung der österreichischen Frage, der Frage der völligen Wiederherstellung eines unabhängigen, demokratischen Österreich in Übereinstimmung mit den Interessen der Erhaltung und

Festigung des Friedens in Europa große Bedeutung beimißt und jede weitere Verzögerung des Abschlusses des Staatsvertrages mit Österreich für ungerechtfertigt hält, machte sie bekanntlich am 8. Februar 1955 neue Vorschläge zur österreichischen Frage.

Diese Vorschläge dienen dem Zweck, dem gegenwärtigen anomalen Zustand, daß die Frage des Staatsvertrages mit Österreich noch nicht gelöst ist und Österreich zehn Jahre nach seiner Befreiung vom Hitlerregime noch immer unter der Kontrolle der Besatzungsorgane der vier Mächte steht, ein Ende zu bereiten. Es sei hier daran erinnert, daß die Sowjetregierung schon auf der Berliner Konferenz im Februar 1954 vorgeschlagen hat, spätestens im Jahre 1955 auf die Frage des Termins für den Abzug der Truppen der vier Mächte aus Österreich zurückzukommen.

Ende Februar und im März dieses Jahres fand auf Initiative der Sowjetregierung ein provisorischer Meinungsaustausch zwischen der Regierung der Sowjetunion und der Regierung Österreichs zu den oben erwähnten Vorschlägen der Sowjetregierung vom 8. Februar statt. Hierbei zeigte es sich, daß jetzt Möglichkeiten bestehen, die Regelung der österreichischen Frage durch den Abschluß eines entsprechenden Abkommens zwischen den vier Mächten und Österreich zu beschleunigen.

Da es sich ferner zeigte, daß die Herstellung eines persönlichen Kontaktes zwischen führenden Männern der Sowjetunion und Österreichs dieser wichtigen Angelegenheit förderlich sein könnte, wurde vereinbart, daß eine Regierungsdelegation Österreichs mit dem österreichischen Bundeskanzler, Herrn J. Raab, an der Spitze am 11. April nach Moskau reist, um die Prüfung der aufgeworfenen Fragen fortzusetzen.

Die Sowjetregierung glaubt, daß ein Meinungsaustausch in Moskau mit Vertretern der österreichischen Regierung helfen werde, die Regelung der österreichischen Frage vorwärtszubringen. Sie zieht hierbei in Betracht, daß die Führer der österreichischen Regierung in der seit der Berliner Konferenz verstrichenen Zeit bereits dahingehende Zusammenkünfte und einen Meinungsaustausch mit führenden Politikern Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika gepflogen haben.

Die Sowjetregierung spricht die Hoffnung aus, daß es, wenn bei allen interessierten Staaten der Wunsch dazu besteht, schon in der nächsten Zeit möglich sein wird, das erforderliche Übereinkommen zu erzielen und den Staatsvertrag mit Österreich abzuschließen.

Die Sowjetregierung ersucht, der Regierung Großbritanniens das oben Dargelegte zur Kenntnis zu bringen".

Herr W. Hayter erklärte, daß diese Erklärung der Sowjetregierung unverzüglich der Regierung Großbritanniens übermittelt werden wird.

*

Am selben Tag empfing W. M. Molotow den Botschafter der USA in der UdSSR, Herrn Ch. Bohlen, und den Geschäftsträger Frankreichs in der UdSSR, Herrn J. Le Roy, und gab ihnen gleichlautende Erklärungen ab.

Herr Ch. Bohlen und Herr J. Le Roy erklärten, daß sie diese Erklärung der Sowjetregierung unverzüglich ihren Regierungen übermitteln werden.

*

Der Wortlaut der oben angeführten Erklärung der Sowjetregierung wurde auch dem österreichischen Botschafter in Moskau, Herrn N. Bischoff, zur Weiterleitung an die österreichische Regierung übergeben.

Über die Einberufung einer Viermächtekonferenz unter Teilnahme Osterreichs

Note der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 19. April 1955

Am 19. April empfing der Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in der UdSSR, Herrn Ch. Bohlen, und informierte ihn über die Ergebnisse der vom 12. bis 15. April in Moskau abgehaltenen sowjetisch-österreichischen Verhandlungen.

Außerdem überreichte der Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, Botschafter Ch. Bohlen eine Note der Sowjetregierung an die Regierung der USA folgenden Inhaltes:

„Die Sowjetregierung hält es für notwendig, die Regierung der USA auf das Folgende aufmerksam zu machen:

Vom 12. bis 15. April fanden in Moskau Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und einer Regierungsdelegation der Österreichischen Republik, mit dem österreichischen Bundeskanzler, Herrn J. Raab, an der Spitze, statt. Im Ergebnis des erfolgten Meinungsaustausches zeigte es sich, daß gegenwärtig die Möglichkeit besteht, die Regelung der österreichischen Frage zu Ende zu führen und den Staatsvertrag mit Österreich abzuschließen. Das wird ermöglichen, die volle Unabhängigkeit eines demokratischen österreichischen Staates wiederherzustellen, was einen wesentlichen Beitrag zur Festigung des Friedens in Europa bedeuten wird.

Die Sowjetregierung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung der USA ihrerseits zur Erreichung des erforderlichen Übereinkommens zwischen den Regierungen der vier Mächte und der österreichischen Regierung über den Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich beitragen wird.

Die Sowjetregierung hält es für zweckmäßig, daß schon in der nächsten Zeit eine Konferenz der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, Englands und der Sowjet-

union unter Beteiligung von Vertretern Österreichs einberufen werde, um die Frage des Abschlusses des Staatsvertrages über die Wiederherstellung eines unabhängigen demokratischen Österreich zu prüfen und diesen Vertrag zu unterzeichnen.

Als Konferenzort wird Wien vorgeschlagen.

Die Sowjetregierung wäre der Regierung der USA für eine baldige Antwort auf diesen Vorschlag erkenntlich.

Moskau, den 19. April 1955."

Botschafter Ch. Bohlen erklärte, daß er die von der Sowjetregierung erhaltene Information über die Ergebnisse der sowjetisch-österreichischen Verhandlungen sowie den Text der obigen Note der Regierung der UdSSR unverzüglich seiner Regierung übermitteln werde.

*

Am selben Tag empfing der Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, den Geschäftsträger Großbritanniens in der UdSSR, Gesandten Herrn C.C. Parrott, und den Geschäftsträger Frankreichs in der UdSSR, Herrn J. Le Roy, und informierte sie über die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen zwischen der UdSSR und Österreich.

W.M. Molotow überreichte Herrn C.C. Parrott und Herrn J. Le Roy den Text der Note der Sowjetregierung an die Regierung Großbritanniens und die Regierung Frankreichs über die Einberufung einer Konferenz der Minister für auswärtige Angelegenheiten der vier Mächte unter Beteiligung Österreichs, gleichlautend mit dem Text der dem Botschafter der USA, Herrn Bohlen, überreichten Note.

Herr C. C. Parrott und Herr J. Le Roy erklärten, daß sie die obenerwähnte Information über die Ergebnisse der sowjetisch-österreichischen Verhandlungen und den Text der Note der Sowjetregierung unverzüglich ihren Regierungen übermitteln werden.

Österr. Institut f. Zeitgeschichte Wien

SOWJETISCHER
INFORMATIONSDIENST